

**347/J XXVI. GP**

---

**Eingelangt am 27.02.2018**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

**der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen  
an den Bundesminister für Landesverteidigung  
betreffend Unterlizenzierung von Microsoft-Arbeitsprogrammen**

Medienberichten zufolge wurde in einer E-Mail der Firma Microsoft, welche 2007 an das Österreichische Bundesheer verschickt wurde, auf eine Microsoft-Unterlizenzierung von rund 88% hingewiesen. Demnach gab es für 17000 Arbeitsplätze lediglich 9000 gültige Microsoft-Lizenzen. 3,8 Millionen kostete die Nachzahlung dieser.

Auch nach Ankauf der fehlenden Lizenzen einigte man sich auf ein „Enterprise Agreement“, welches die neusten Softwareversionen (Windows Vista, Microsoft Office 2007) für 21500 Arbeitsplätze enthielt. Trotz Ankauf dieser Lizenzen wurden die Computer erst sechs Jahre später aktualisiert, ein Jahr nachdem der offizielle technische Support von Microsoft dafür schon endete. (<https://www.dossier.at/dossiers/empfehlungen/kompanie-raubkopie/>). Diese Verfehlungen haben Potenzial, die Arbeit der Angestellten einzuschränken und können zudem ein erhöhtes Sicherheitsrisiko darstellen.

Es wurden also über Steuergelder Microsoft Lizenzen für rund 21500 Arbeitsplätze gekauft, die nie zum Einsatz kamen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

### **Anfrage:**

1. Wenn nur 9000 von 17000 eingesetzten Computern mit einer Microsoftlizenz ausgestattet waren, wie konnte die Arbeit an den verbleibenden 8000 Arbeitsplätzen verrichtet werden?
2. Mit welcher Begründung wurden die Betriebssysteme nach Einkauf der Lizenzen für die neuesten Versionen (Windows Vista, Office 2007) nicht aktualisiert?
  - a) Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um das Problem des Sicherheitsrisikos, das durch fehlenden Support von Microsoft entstanden ist, zu lösen?
  - b) Wieso wurden die Lizenzen gekauft, wenn sie gar nicht zum Einsatz kamen?
3. Aufgrund veralteter Software mussten Mitarbeiter des Bundesheers für die Erledigung ihrer Aufgaben auf private Geräte umsteigen. War dieser Umstand bekannt?
  - a) Wenn nein, wer waren die Personen in Verantwortung? Wieso ist es diesen nicht aufgefallen?
  - b) Wenn ja, wann wurde dieses Problem bekannt? Welche Maßnahmen wurden dagegen ergriffen?